

Liebe Mitglieder und Interessierte,

Reinickendorf ist Schlusslicht bei der Quote der Sozialwohnungen: Das engagierte Plädoyer unserer Vorsitzenden Angela Budweg für eine bessere Bauplanung in unserem Bezirk beleuchtet eine zentrale politische Herausforderung für die kommenden Jahre. Ganz aktuell: Horst Mentz kommentiert das Gutachten zur Verkehrsberuhigung im Waldseevierviertel. Am Beginn des Wahljahrs 2021 haben wir begonnen, Bilanz zu ziehen und politische Schwerpunkte im Bezirk und im Stadtteil zu setzen. Nicht nur wegen der Pandemie sind für diesen Wahlkampf neue, kreative Ideen gefragt. Wir freuen uns auf jeden Diskussionsbeitrag, von unseren Mitgliedern und von interessierten Bürgerinnen und Bürgern.

Viele weitere Informationen auch auf unserer Homepage spd-in-hermsdorf.de.

*Mit sozialdemokratischen Grüßen
Euer/Ihr Abteilungsvorstand*

Aktuelles Thema

Verkehrsberuhigung Schildower Straße / Waldseevierviertel

– ein Zwischenruf

Seit Jahren sind die Fronten im Waldseevierviertel verhärtet. Es geht um den „gebietsfremden“ Durchgangsverkehr im Zuge der Else- und Schildower Straße, dem mehrere Bürgerinitiativen den Kampf angesagt haben. Einbahnstraßenregelungen, die Anordnung einer Fahrradstraße und als Ultima Ratio das Einbringen von Modalfiltern, wurden als Lösungsansätze vorgeschlagen, immer mit dem Ziel, den Durchgangsverkehr zu reduzieren bzw. auf das Hauptstraßennetz zu verlagern. Ein vom Bezirk beauftragtes Verkehrsgutachten sollte die in den letzten Monaten doch sehr hitzig geführten Diskussionen wieder versachlichen. Dieses Gutachten wurde am 14.1.2021 im Verkehrsausschuss der BVV Reinickendorf vorgestellt.

Kurz zusammengefasst kommt es zu folgenden Aussagen:

- Sowohl in der morgendlichen als auch abendlichen Spitzenstunde ist der durchfahrende KFZ- Verkehr im Waldseevierviertel mit einem Anteil von 87 bzw. 77% am Gesamtverkehr die prägende Verkehrsmenge.
- Der dabei „gewonnene“ Zeitvorteil aufgrund der Gebietsdurchfahrung beläuft sich dabei auf zwei bis vier Minuten, jeweils abhängig von der Tageszeit.
- Zusätzliche Einbahnstraßenregelungen im Gebiet selber haben wenig Einfluss auf den vorhandenen Durchgangsverkehr und wurden deshalb vom Gutachter als Lösungsansatz abgelehnt.
- Die von den Bürgerinitiativen angeregten Modalfilter in der Else- und Schildower Straße würden den gebietsfremden Durchgangsverkehr nahezu

vollständig auf das vorhandene Hauptstraßennetz Karl-Liebknecht-Straße (Glienicke) und Berliner Straße verlagern und somit das Waldseeviertel entlasten.

- Allerdings kommt es aufgrund der beschriebenen Verlagerungen im Zuge der Berliner Straße an den Knotenpunkten Veltheimstraße und Hermsdorfer Damm zu Überlastungen; daher wird vom Gutachter, aber auch vom Bezirksamt Reinickendorf, der/die Modalfilter als ungeeignete Maßnahmen angesehen.

Und was nun?

Das Gutachten hat nun deutlich gezeigt, was eigentlich alle schon vorher zumindest vermutet hatten: die Umfahrung des Waldseeviertels auf den dafür vorgesehenen Hauptverkehrsstraßen führt zu Reisezeitverlängerungen von zwei bis vier Minuten. Nur zur Einordnung: Die mittlere tägliche Zeit, die ein Berliner/eine Berlinerin im Verkehr verbringt beläuft sich auf ca. 84 Minuten. Und natürlich führen Modalfilter auch zu Umwegfahrten in das und aus dem Waldseeviertel.

Die Berliner Straße ist Teil des übergeordneten Straßennetzes von Berlin und in die Kategorie II „übergeordnete Straßenverbindung“ eingestuft. Ihr Ziel ist es Haupt- und Mittelzentren in Berlin miteinander zu verbinden. Derzeit ist sie mit ca. 25.000 Kfz/Tag belastet. Auch an Hauptverkehrsstraßen wohnen und arbeiten Menschen, die ein Anrecht auf Schutz vor Lärm und

Abgasen haben. Quartiersentlastung versus Verkehrszunahme auf Hauptverkehrsstraßen, eine wirklich schwer zu lösende Aufgabe. Ob allerdings die im Gutachten unterstellten Verkehrsverlagerungen in der Berliner Straße wirklich zu so gravierenden Überlastungen an den o.g. Knotenpunkte führen, kann und sollte ein Verkehrsversuch zeigen. Immer mehr Kommunen testen „umstrittene“ Verkehrsmaßnahmen, bevor sie in den Regelbetrieb übernommen oder wieder verworfen werden.

Aufbauend auf dem Berliner Mobilitätsgesetz fordert auch der künftige Stadtentwicklungsplan Mobilität und Verkehr (StEP MoVe) **grundsätzlich weniger motorisierten Verkehr**, eine Verlagerung des Pendlerverkehrs und ein verbessertes ÖPNV-Angebot gerade für die äußeren Stadtbezirke. Nur so hat eine Verkehrswende zugunsten des Umweltverbundes zumindest mittelfristig eine Chance. Recht hat der Plan, nur ein Plan alleine reicht nicht...

Horst Mentz



Schildower Straße

Wir in Hermsdorf

SPD Hermsdorf diskutiert Wahlprogramm

Wohnen, Wirtschaft, Sicherheit, Bürgernähe und Bildung - das sind die großen Themen, mit denen die Berliner SPD in den Wahlkampf geht. Für Reinickendorf ist die Frage: Wie wollen wir unsere kleine „Großstadt im Norden Berlins“ fit für die Zukunft machen? Bezahlbarer Wohnraum, Digitalisierung der Arbeit, eine moderne Ausstattung der Schulen sind die Herausforderungen. Vieles haben wir in den letzten Jahren auf den Weg bringen können, zum Beispiel die Neugestaltung des ehemaligen Flughafens Tegel. Anderes geht langsamer voran als erhofft und gedacht. In den letzten Jahren waren wir regelmäßig mit unserem Infostand auf der Heinesestraße präsent. In einer lebhaften Diskussion haben wir bei der Abteilungsversammlung am 26. Januar die Gespräche mit Bürgerinnen und Bürgern ausgewertet: Was sind Ihre Erwartungen an die SPD? Ganz oben steht die Verkehrsberuhigung: Die Heinesestraße zum „Verkehrsberuhigten Geschäftsbereich“ mit Tempo 20 umgestalten, das Waldseeviertel vom Durch-

gangsverkehr entlasten, schnelle, alltags-taugliche Radwege auf dem Waidmannsluster Damm und der B 96 sind unsere konkreten Vorschläge. Also eine Beschränkung, aber nicht die Verdrängung des Autoverkehrs, und mehr Sicherheit und Lebensqualität für Fußgänger und Radfahrer. Konflikte sind dabei unvermeidlich, nicht immer können alle Interessen unter einen Hut gebracht werden. Ordnung und Sicherheit auf unseren Straßen und Plätzen und mehr Bürgernähe in der Verwaltung sind immer wieder Thema am Infostand. Ein BSR-Recycling-Hof und ein Haltepunkt für das mobile Bürgerbüro in Hermsdorf, eine bessere Straßenbeleuchtung - viele wichtige Einzelfragen brauchen hier eine Lösung. Wieweit die Pandemie unseren Wahlkampf einschränkt, ist noch nicht absehbar. Vor und nach den Wahlen werden wir neue Wege brauchen, um für mehr Bürgerbeteiligung bei der Lösung kleiner und großer Zukunftsherausforderungen zu werben.

Thomas Koch

Kai Kottenstede: Unser Kandidat für das Abgeordnetenhaus



Warum ich für Euch kandidiere

Politik ist das, was wir draus machen. Berlin ist das, was wir draus machen. Reinickendorf ist das, was wir draus machen. Das ist der Grund, warum ich für das Abgeordnetenhaus kandidiere. Als Schüler habe ich meine Mutter am Frühstückstisch mit Diskussionen über die Tagespolitik genervt. Als Student in Münster habe ich mich im Debattierclub rhetorisch mit anderen gemessen, kritisiert, geschlaumeiert.

Bei Stammtischen der SPD Frohnau habe ich ebenfalls nicht mit Worten gespart. Ich möchte mich nicht länger nur über Zustände ärgern und kritisieren. Ich möchte meinen ernsthaften Beitrag leisten, dass Frohnau, Hermsdorf und die Freie Scholle so lebenswert bleiben, wie sie es sind. Ich möchte zur Verbesserung beitragen, statt nur über Fehler zu reden.

Mein Engagement beginnt nicht mit dieser Kandidatur. In Frohnau habe ich die Initiative „Prost, Baum“ zur Rettung von Straßenbäumen gestartet. Ich koordiniere die Aktion „Frohnau hilft“ zusammen mit Björn Hawlitschka. Darum geht es mir: pragmatisch anzupacken, um konkrete Verbesserungen zu erreichen. Auch früher habe ich schon Vereine gegründet und aufgebaut. Dieses Engagement und diese Energie möchte ich voll und ganz der Politik für Berlin und meinem Wahlkreis widmen.

Meine Mission: Erstens, eine Diskussion anzustoßen über die Zukunft Reinickendorfs und insbesondere dieses Wahlkreises. Wie bleibt unsere lebenswerte Umgebung auch in Zukunft lebenswert? Wie muss Mobilität hier gedacht werden? Wie behalten in Zeiten von Online-Handel unsere Ortszentren ihre Lebendigkeit? Wie wachsen wir mit den Nachbargemeinden in Brandenburg zusammen? Wollen wir die Qualität unserer Stadtteile erhalten, sollten wir nicht warten. Wir sollten uns fragen, was sie zukunftsfähig macht. Das setzt einen offenen und ehrlichen Dialog mit Bürgerinnen und Bürger voraus. Frohnau, Hermsdorf und die Freie Scholle haben die besten Voraussetzungen, eine Vorreiterrolle in Berlin als Stadtteile einzunehmen, die sich für eine lebenswerte Zukunft fit machen. Machen wir was draus!

Zweitens glaube ich fest an den Wert und die Kraft von Gemeinschaft, an die Wirkung von Solidarität. Gerade in unserem lokalen Umfeld spielt Gemeinschaft und Zusammenhalt eine wichtige Rolle und muss gestärkt werden. Gute Politik ist für mich eine Politik, die den Interessenausgleich sucht und nicht Interessen gegeneinander ausspielt – das gilt für die verschiedenen Generationen in unserem Wahlkreis, verschiedene Verkehrsträger, genauso wie für die Gruppierungen in unserer Partei.

Inhaltlich liegen mir zwei Themen besonders am Herzen: Bildung und Wirtschaftsförderung. Für diese Themen möchte ich mich im Abgeordnetenhaus gerne inhaltlich engagieren. Wir brauchen als SPD beides, ein positiv besetztes Wirtschaftsbild und ein positives Bildungsverständnis – verbunden mit einer ordentlichen Portion Pragmatismus. Wir müssen uns dabei mehr am Bürger und der Bürgerin orientieren. Sie haben kein Interesse an großen politischen Ideen, wenn sie wochenlang auf Termine im Amt warten und wenn Mail-Adressen für Lehrer in Berlin ein Jahrzehnt-Projekt sind.

Über allem steht: Wir müssen uns ernsthaft und dringend deutlich stärker der Umsetzung von Politik widmen. Wir brauchen einen Stil von Politik, der eine erfolgreiche Umsetzung von Ideen mitdenkt, schon zu Beginn. Dazu gehört auch Kontrolle und Durchhaltevermögen. Festbeißen, bis es klappt. Gut gemeint reicht nicht. Mit anderen Worten: Wir müssen weg von Schaulensterpolitik, denn sie raubt uns Glaubwürdigkeit.

Diese Wahl ist, was wir draus machen. Also lasst uns gemeinsam einen starken Wahlkampf machen! Ich freue mich drauf!

Kai Kottenstede



Zur Person: 62 Jahre alt, Sekretärin im öffentlichen Dienst, seit 1981 in der SPD, stellvertretende Vorsitzende unserer Abteilung, war viele Jahre Mitglied der BVV Reinickendorf.

Was hat dich damals, vor jetzt 40 Jahren, zum Eintritt in die SPD gebracht?

Ich komme aus einem sozialdemokratischen Elternhaus, eine andere Partei kam eigentlich nie in Frage. Willy Brandt war damals für mich wichtig. Für ihn als Arbeiterkind war es auch nicht einfach. Und seine Ausstrahlungskraft, wie er die Leute mitgenommen hat.

Was sind jetzt, 40 Jahre später, deine Schwerpunkte in der SPD?

Am Anfang, als ich in der BVV war, waren Sozialpolitik und Kultur meine Schwerpunkte. In den letzten Jahren beschäftigt mich eher die Verkehrspolitik. Im Märkischen Viertel ging es um die Verhinderung der Nordtangente. Da habe ich viel gelernt, und das alte Interesse ist geblieben.

Was ist für dich sozialdemokratische Verkehrspolitik?

Ziel ist ein gleichrangiges Nebeneinander der verschiedenen Verkehrsmittel. Dazu ist es wünschenswert, den Autoverkehr zurück zu drängen. Bei uns im Waldsee-Viertel müsste zum Beispiel durch einen Modalfilter oder ähnliches in der Schildo-

wer Straße der Durchgangsverkehr rausgehalten werden, der Ziel- und Quellverkehr würde bleiben. Aber das ist umstritten, und eine perfekte Lösung gibt es nicht. Helfen würde ja aber auch schon, wenn alle sich an die Geschwindigkeitsbegrenzung und das LKW-Fahrverbot halten würden. Diese Unvernunft verhindert eine gute Lösung.

Was gefällt dir gut an unserer Hermsdorfer Abteilung?

Ich mag die Diskussionskultur, das ist wirklich positiv. Natürlich gibt es unterschiedliche Meinungen und Einschätzungen, aber es wird zugehört und Konflikte werden sachlich ausgetragen, ohne persönliche Verletzungen.

Wo ist noch „Luft nach oben“, wo können wir noch besser werden?

Junge Leute fehlen. Wenn sie sich engagieren, dann leider zu selten bei uns. Aber das gilt eigentlich für die ganze SPD. - Und wir müssen Vertrauen zurückgewinnen. Aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger ist die Bilanz der SPD auf vielen Gebieten eine Enttäuschung, es wird inzwischen kaum noch etwas erwartet, weil wir unsere positive Politik nicht ausreichend vermitteln können.

Wie ist denn dann deine Prognose für die Berliner Wahlen in diesem Jahr?

Das wird für uns sehr, sehr schwer. Die SPD ist derzeit in einem „echten Stimmungstief“. Die SPD-Stammwähler bleiben leider bei schlechten Prognosen zu Hause, und bei guten auch, weil sie denken, dass es ein Selbstläufer ist. Aber Franziska ist die richtige Kandidatin, das hat sie in Neukölln und im Bund bewiesen. Und es wird Zeit für eine Regierende Bürgermeisterin.

*Wie geht es nach den Wahlen weiter?
Was sind deine Ziele und Wünsche für die kommenden Jahre?*

Dass wir endlich mit der Verkehrspolitik weiterkommen. Die Situation in der Heinsestraße und im Waldsee-Viertel muss

verbessert werden. Und wir brauchen in unserer Region dringend ein besseres Angebot im Öffentlichen Nahverkehr für die Pendler aus den umliegenden Gemeinden in Brandenburg.

Die Fragen stellte Thomas Koch

Aktuelle Themen aus der BVV

Wohnungs- und Mietenentwicklung in Reinickendorf (Teil 2)

Reinickendorf ist Schlusslicht bei der Quote der Sozialwohnungen

Getrieben durch Spekulationserwartungen und mangels eines ausreichenden rechtlichen Instrumentariums sind die Bodenpreise und damit auch die Mieten in Berlin in den letzten Jahren nahezu ungebremsst durch die Decke gegangen. Die durch die SPD-Bundestagsfraktion eingebrachte Mietpreisbremse hat wegen zu vieler Schlupflöcher die wesentlichen Probleme des Mietwohnungsmarktes bisher nicht gelöst und genau so wenig hat es der Wohnungsmarkt geregelt, dass ausreichend **bezahlbarer Wohnraum** für alle Bevölkerungsgruppen zur Verfügung steht. Bei bestehendem Planungsrecht entstehen überwiegend teure Miet- und Eigentumswohnungen und für den Schutz von bezahlbaren Bestandswohnen gibt es im sog. „sozialen Erhaltungsrecht“ (§172 BauGB) leider zu viele Ausnahmen. Der bis vor kurzem geltende Mietspiegel hatte dadurch, dass er sich nur auf die Wiedervermietung innerhalb der letzten vier Jahre bezog, kaum einen mietendämpfenden Effekt.

Jedoch sind **39%** der Reinickendorfer Haushalte sozialwohnungsberechtigt. Damit liegt Reinickendorf knapp über dem Berliner Schnitt von 38,3%. Hingegen hinkt der Bezirk bei der Quote der Sozialwohnungen mit 5,2 % deutlich dem Berliner Durchschnitt von 11% hinterher (aus: IBB-Wohnungsmarktbericht 2019). Das

wäre ja vielleicht noch verkraftbar, wenn es genug preisgünstige Mietwohnungen am freien Wohnungsmarkt gäbe. Doch leider kennen die Mieten auch in Reinickendorf nur eine Richtung: nach oben!

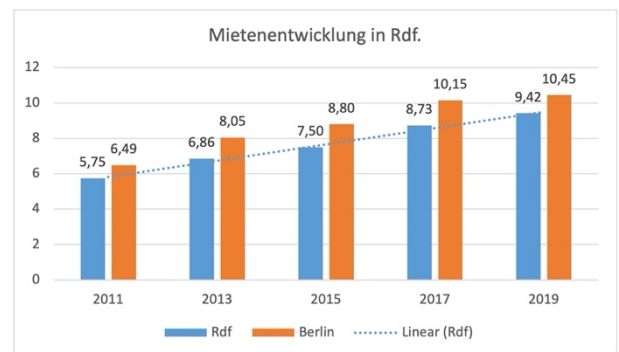


Abb: Mittlere Angebotsmiete (Median, nettokalt/m²)
Quelle: IBB-Wohnungsmarktberichte 2011-2019

Wer also heute in Reinickendorf eine Mietwohnung sucht, muss tief in die Tasche greifen. Auf die Nettokaltmieten kommen i.d.R. auch noch rd. 3€ für Betriebskosten hinzu. Für Wohnungssuchende mit gutem Einkommen stellt das ein deutlich geringeres Problem dar als für diejenigen mit mittlerem oder gar geringem Einkommen. Da hält gerade für die unteren Einkommensgruppen keine Lohn-, Renten- oder Grundsicherungserhöhung Schritt! Insofern war es notwendig, mit der Einführung des **Mietendeckels** durch den Berliner Senat „Dampf aus dem Kessel zu lassen“.

Dessen ungeachtet muss sich der Anteil an mietpreisgebundenem Wohnraum auch im Wohnungs**neubau** deutlich erhöhen.

Seit Jahren fallen in Berlin immer noch mehr Wohnungen aus der Mietpreisbindung als neue Sozialwohnungen entstehen. Der Bau von Wohnungen mit sozialverträglichen Mieten wird seit 2014 wieder durch das Land Berlin im Rahmen des IBB Wohnungsneubaufonds gefördert.

In Reinickendorf sind in den letzten fünf Jahren 474 Sozialwohnungen bewilligt worden. Die hierfür zur Verfügung stehenden Wohnungsbaufördermittel werden jedoch überwiegend durch die landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften abgerufen. Es müssen aber auch die **privaten Bauherren** in die Pflicht genommen werden, einen ausgewogenen Mietenmix zu schaffen. Doch wie geht das?

2014 wurde auch das sog. „Berliner Modell der kooperativen Baulandentwicklung“ eingeführt. Es ist immer dann anzuwenden, wenn zur Schaffung von Wohnungen neues Planungsrecht erforderlich ist, also Bebauungspläne aufgestellt werden müssen. In städtebaulichen Verträgen werden dann die Bauherren verpflichtet, die Wohnfolgekosten z.B. für Kita- und Schulplätze, Straßenbaumaßnahmen u.Ä. zu übernehmen. Und da es zu den städtebaulichen Zielen Berlins gehört, lebendige und sozial stabile Bevölkerungsstrukturen in allen Stadtteilen zu festigen oder zu ent-

wickeln, wurde auch eine Quote für förderfähigen mietpreis- und belegungsgebundenen Wohnraum festgelegt. Sie beträgt 30 Prozent der Geschossfläche für Wohnen. Die Pflichten der Bauherren müssen jedoch angemessen sein und werden daher der erwarteten Bodenwertsteigerung gegenüber gestellt (ausführlich hier: <https://www.stadtentwicklung.berlin.de/wohnen/wohnungsbau/de/vertraege/index.shtml>)

Die traurige Bilanz aus zwei „Schriftlichen Anfragen“ an das BA Reinickendorf: Es wurde noch **keine** Wohnung nach „Berliner Modell“, d.h. keine einzige mietpreis- und belegungsgebundene Wohnung, genehmigt, weil die B-Pläne noch im Verfahren sind.

Das Fazit lautet also: So lange keine neuen Bebauungspläne aufgestellt werden, sondern stattdessen altes Planungsrecht für obsolet erklärt wird, zahlreiche Bauvorhaben durch großzügige Befreiung genehmigt werden (siehe Infobrief 4) sowie laufende B-Pläne nicht zügig festgesetzt werden, wird Reinickendorf weiterhin Schlusslicht bei der Quote für Sozialwohnungen bleiben. Die Versorgung von Haushalten mit geringem Einkommen wird anderen Bezirken überlassen.

*Angela Budweg
(Stadtentwicklungspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion in der BVV)*

Sollen die Grundschulen wieder geöffnet werden?

Die Schließung der Grundschulen zum Schutz vor dem Infektionsrisiko in Pandemie-Zeiten ist eine sehr große Belastung und Einschränkung für die Kinder und ihre Familien. Die Forderung nach einer raschen Öffnung ist daher sehr verständlich. Ich trete dennoch für eine sachliche Diskussion ein. Die Gegebenheiten an den Grundschulen und auch die Interessen der



Foto: colourbox / SPD-shop

dort engagiert arbeitenden Menschen müssen berücksichtigt werden.

In Berlin haben wir die verlässliche Halbtagsgrundschule von 7.30 bis 13.30 Uhr, Schüler werden innerhalb dieses Zeitraumes zuverlässig durch die Schule betreut. Daran anschließend können Eltern die ergänzende Hortbetreuung beantragen. Für Kinder der 1. und 2. Klasse benötigen Sie für die Betreuungszeit von 7:30 bis 16:00 Uhr keinen Bedarfsnachweis. Diese kostenlose Betreuungszeit können Sie ohne Bedarfsprüfung für Ihr Kind in Anspruch nehmen. Das hat die SPD Berlin seit dem 01. August 2019 eingeführt. Für darüber hinaus benötigte Betreuung ist eine Bedarfsprüfung erforderlich. Ab der 3. Klasse müssen die Eltern einen einkommensabhängigen Betrag dafür leisten. Für die Klassenstufen 5 und 6 muss eine separate Bedarfsprüfung erfolgen. Sollten beide Elternteile berufstätig sein, wird i.d.R. der Bedarf anerkannt. Wenn also die Grundschulen teilweise oder komplett in den Regelbetrieb gehen sollen, muss das gesamte Personal vor Ort und voll einsatzfähig sein. Statistisch gesehen sind 10,67% der Lehrkräfte über 60 Jahre alt und gehören damit zur Pandemie-Risikogruppe.

Ohne diese Lehrkräfte kann ein Präsenzunterricht und damit ein Regelbetrieb an den Grundschulen nicht stattfinden.

Eine andere Möglichkeit könnte sein, die ersten beiden Klassen in die Schule holen, weil gerade die jüngeren Schülerinnen und Schüler eine Präsenz benötigen. Die Klassenstufen 3 bis 6 würden dann – einschließlich der Betreuung – in kleinere Gruppen geteilt, wobei ein Teil des Unterrichts als schulisch angeleitetes Lernen zu Haus (salzH) stattfindet. Die Lehrkräfte, die für die Betreuung des SalzH in den Klassenstufen 3- 6 gebraucht werden, könne -wenn überhaupt – nur begrenzt für die Klassen 1 und 2 eingesetzt werden. Auch hier entsteht ein akutes Personalproblem, besonders in kleinen Grundschulen (die in Berlin die Regel sind). Es gibt auch Ideen, den Präsenzunterricht in den Grundschulen nicht nur von 7.30 bis 13.30 Uhr anzubieten, sondern mit geteilten Klassen über den ganzen Tag. Das setzt wieder einen enormen Einsatz von Lehrkräften voraus, die das nicht unbegrenzt leisten können und wollen.

Stefan Valentin

(Schulpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion in der BVV)

Verschiedenes und Termine

10.2.21 ab 17:00 Uhr: BVV Reinickendorf

Interessierte finden hier weitere Informationen: <https://www.berlin.de/ba-reinickendorf/politik-und-verwaltung/bezirksverordnetenversammlung/>

23.2.21 ab 19:00 Uhr: Digitale Abteilungsversammlung, die Einladung mit den Zugangsdaten geht den Mitgliedern der SPD rechtzeitig zu.

Impressum

Infobrief der Abteilung Hermsdorf des Kreisverbands Reinickendorf der SPD Berlin, Waidmannsluster Damm 149, 13469 Berlin.

Der Infobrief erscheint ca. alle zwei Monate und wird an die Mitglieder der Abteilung und interessierte Personen verteilt.

info@spd-in-hermsdorf.de